

PRESSEMITTEILUNG

TELEFAX – 1 SEITE

**SPD
STADTRATSFRAKTION
NÜRNBERG**

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Konzertsaal: Nürnberger CSU kennt eigene Beschlüsse nicht - Ist Standort Augustinerhof nur ein Wahlkampfmanöver?

*Zu den Aussagen der Nürnberger CSU, einen Konzertsaal am Augustinerhof bauen zu wollen, erklärt der Vorsitzende der SPD Stadtratsfraktion **Christian Vogel**:*

„Mit Verwunderung nehme ich wahr, dass die CSU sich für einen Konzertsaal am Augustinerhof festlegt. Offensichtlich interessieren bei solchen Aussagen die Eigentumsverhältnisse der Flächen und auch die geltenden Beschlüsse der zuständigen Gremien nicht. Das Grundstück am Augustinerhof gehört nicht der öffentlichen Hand, sondern ist in Privatbesitz. Und im Stadtrat hat die CSU mit beschlossen, dass dieses Areal für die beauftragte Machbarkeitsstudie zur Errichtung eines Konzertsaaes gar nicht untersucht wird.

Auf Vorschlag von Kulturreferentin Prof. Dr. Lehner hat der Nürnberger Stadtrat vielmehr mit den Stimmen der CSU eine Markt- und Wirtschaftlichkeitsanalyse beauftragt. Diese Analyse soll eine Standortprüfung mit allen wichtigen und notwendigen Details, wie zum Beispiel Verkehrserschließung, Nachbarschaft und Eigentumsverhältnisse liefern. Diese Machbarkeitsstudie ist dann die Grundlage für eine Beschlussfassung im Nürnberger Stadtrat.

Dies ist eine richtige und vor allem seriöse Art, einen geeigneten Standort zu finden. Gemeinsam haben die Fraktionen von SPD, CSU und Bündnis 90/Die Grünen im am 20. Juni 2013 im Nürnberger Rathaus beschlossen, welche Flächen hierfür geprüft werden sollen. Diese sind die Bahnflächen am Kohlenhof, das ehemalige Auto-Krauss-Gelände, die Meistersingerhalle und die Quelle. **Der Augustinerhof wurde auf Vorschlag der Kulturverwaltung, mit den Stimmen der CSU aus der Liste der möglichen Standorte, die untersucht werden sollen, rausgenommen.**

Ich warte demnach täglich auf einen Anruf der CSU, mit der Bitte den Augustinerhof nun doch in die Machbarkeitsstudie aufzunehmen. Solange die CSU nichts unternimmt, bleibt es bei dem, was beschlossen wurde. Oder hat die CSU vielleicht gar kein Interesse an einer genauen Prüfung? Fürchtet sie ein negatives Ergebnis?

Für die SPD ist folgendes klar: Oberste Priorität hat für uns eine Ausweichspielstätte für die Staatsoper. Diese Ausweichspielstätte, die mindestens zur Hälfte vom Miteigentümer Freistaat Bayern bezahlt werden muss, soll anschließend als Veranstaltungs- und Konzertsaal genutzt werden können. Wenn der Freistaat Bayern neben seiner verpflichtenden Kostenbeteiligung als Miteigentümer obendrein, wie angekündigt, einen weiteren erheblichen Teil der Finanzierung eines Konzertsaaes beisteuert, steht einer Realisierung nichts im Weg.

Die Realisierung muss aber auf Grundlage der Machbarkeit und den Fakten vollzogen werden und nicht auf Grundlage von Wahlkampfwünschen. Insofern bin ich der Kulturreferentin für ihren klaren Kurs sehr dankbar. Ein solches Projekt kann nur gelingen, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen.

Nürnberg, 17. Januar 2014